

POSTULAT von Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen), Claudia Gambacciani (Grüne, Zürich) und Corinne Thomet-Bürki (CVP, Kloten)

betreffend Der Sache auf den Grund gehen - Ursachen für und langfristige Massnahmen gegen den Lehrpersonenmangel

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Ursachen des massiven Lehrpersonenmangels auf den verschiedenen Schulstufen zu untersuchen und in einem Bericht darzulegen, wie die für die Zukunft der Zürcher Schulen bedrohlichen Entwicklungen auf dem Lehrpersonenmarkt mittel- und langfristig korrigiert werden können.

Dabei sind im Bereich der Ursachenergründung insbesondere folgende Teilaspekte zu klären:

1. die Entwicklung des Bedarfs an Lehrpersonen auf den verschiedenen Schulstufen in den nächsten 10 Jahren unter Berücksichtigung der aktuellen Prognosen der Schülerzahlen und der Zahl der Pensionierungen;
2. die Entwicklung der Studierendenzahlen an den Lehrerbildungsinstitutionen im Kanton Zürich und in den umliegenden Kantonen seit der Gründung der pädagogischen Hochschulen;
3. Die Zusammenhänge zwischen der neu strukturierten Ausbildung und der Attraktivität der Lehrerberufe;
4. die effektive Verweildauer der Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger im Beruf und deren Auswirkungen auf die Nachfrage nach Lehrpersonen;
5. die Belastung der Lehrpersonen durch eine teilweise noch wenig effiziente Kompetenzverteilung zwischen Schulbehörden und Schulleitungen;
6. die Entwicklung der Klassengrössen;
7. die effektive Entlohnung und die Lohnperspektiven der Zürcher Lehrpersonen im Vergleich mit den in den Nachbarkantonen und in der Deutschschweiz bezahlten Löhnen, unter besonderer Berücksichtigung der Situation bei den Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger.

Im Bereich der Massnahmen gegen den Lehrermangel erwarten wir vom Regierungsrat nicht primär kurzfristige Vorschläge, sondern ein Konzept mittel- und langfristiger Massnahmen und Vorschläge,

- wie die pädagogischen Berufe wieder attraktiver gemacht werden können;
- wie die Konkurrenzfähigkeit des Kantons auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden kann;
- wie die Zahl der PHZH-Absolventinnen und Absolventen deutlich erhöht werden kann, ohne die Qualität der Ausbildung in Frage zu stellen.

Markus Späth-Walter
Claudia Gambacciani
Corinne Thomet-Bürki

Begründung:

Nur unter Aufbietung von Pensionierten, PHZH-Studierenden und vieler nicht stufengerecht ausgebildeter Lehrpersonen war es im August 2010 möglich, die offenen Lehrstellen zu besetzen. Das Problem wird sich zudem in den nächsten Jahren massiv verschärfen - bis zum Jahre 2019 werden 12 000 Kinder mehr die Volksschule besuchen. Rund 1200 neue Lehrpersonen müssen deshalb zusätzlich rekrutiert werden. Dass eine eigentliche Pensionierungswelle auf den Kanton zukommt, ist bei diesen Zahlen noch nicht einmal im Ansatz berücksichtigt. An der PHZH ist die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger zudem in den letzten Jahren um 20% gesunken.

Die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes und generelle gesellschaftliche Entwicklung, auf welche die Schulen keinen Einfluss haben, tragen ebenfalls wesentlich dazu bei, die Belastung der Lehrpersonen drastisch zu erhöhen.

Einen weiteren wichtigen Grund nennt die neueste Studie von Pricewaterhouse-Coopers: In der Privatwirtschaft verdienen vergleichbar Ausgebildete 10 bis 85% mehr als Lehrpersonen. Dies trifft auf den Kanton Zürich ganz besonders zu: Statt die wachsenden Belastungen der Lehrpersonen mit einer anständigen Entlohnung abzugelten, wurden in den letzten 20 Jahren im Kanton Zürich die Anfangslöhne der Lehrpersonen gesenkt, die Teuerung wie bei allen Angestellten nur unvollständig ausgeglichen, die gesetzlich vorgesehenen Lohnerhöhungen eingefroren, die Einkommensschere zwischen Jüngeren und Älteren weit geöffnet. Gleichzeitig wurden die Ausbildungen für alle Lehrerberufe verlängert und intensiviert.

Heute müssen wir nüchtern feststellen: Die pädagogischen Berufe haben ganz offensichtlich massiv an Attraktivität verloren. Der Kanton Zürich ist verglichen mit den Nachbarkantonen schlicht nicht mehr konkurrenzfähig.

Begründung der Dringlichkeit:

Die bisher vom Regierungsrat ins Auge gefassten Gegenmassnahmen sind Symptom-, aber keine Ursachenbekämpfung. Sie drohen zudem, die Ausbildungsqualität zu unterhöhlen und neue Problem zu schaffen. Einer gründlichen Überprüfung aller denkbaren Gegenmassnahmen kommt deshalb hohe Priorität zu. Sie muss sofort an die Hand genommen werden, damit eine weitere Verschärfung der Problematik in den kommenden Schuljahren verhindert werden kann.